



An die bei der Staatskanzlei
akkreditierten Medien

Freiburg, 2. Oktober 2020

Medienmitteilung

Ein ausgeglichener Haushalt 2021 mit mehr Investitionen

Mit einem Überschuss von 0,3 Millionen Franken weist der Voranschlag 2021 des Staates Freiburg ein ausgeglichenes Ergebnis aus. Dank Fremdmitteln und vermehrtem Rückgriff auf die in den letzten Jahren gebildeten Fonds und Rückstellungen legt der Staatsrat einen Voranschlag vor, mit dem sich die Ertragsausfälle vor allem aufgrund der Coronapandemie verkraften lassen. Der Voranschlag berücksichtigt auch Steuersenkungen zugunsten der Freiburger Bevölkerung, und bei den Investitionen ist gegenüber den Vorjahren eine Zunahme zu verzeichnen.

Der Voranschlagsentwurf 2021 weist folgende Hauptergebnisse aus:

- > um 1,8 % höherer Aufwand wie auch Ertrag, mit Einbezug der Folgen der Coronakrise und der für die gesamte Bevölkerung vorgesehenen Steuersenkungen;
- > Ertragsüberschuss von 0,3 Millionen Franken in der Erfolgsrechnung, entsprechend dem verfassungsmässigen Verfassungsgrundsatz des ausgeglichenen Haushalts;
- > Bruttoinvestitionsvolumen in Höhe von 209,1 Millionen Franken;
- > Selbstfinanzierungsgrad der Investitionen von 54,3 %;
- > Rückstellungsentnahmen im Umfang von etwas mehr als 117 Millionen Franken.

1.1. Ertragsüberschuss von 0,3 Millionen Franken in der Erfolgsrechnung

Aufwand und Ertrag erhöhen sich zwischen dem Voranschlag 2020 und dem Voranschlag 2021 um 1,8 %, weniger stark also als im Durchschnitt der letzten Jahre.

Erfolgsrechnung	Voranschlags- entwurf 2021	Voranschlag 2020	Veränderung 2020– 2021	
	Mio.	Mio.	Mio.	%
Ertrag	3786,0	3720,6	+ 65,4	+ 1,8
Aufwand	3785,7	3720,2	+ 65,5	+ 1,8
Saldo	+ 0,3	+ 0,4	– 0,1	– 25,0

1.2. Unterschiedliche Trends bei den Eigenmitteln und der Fremdfinanzierung

Die beiden wichtigsten Ertragsgruppen Fiskal- und Transferertrag lassen mit einem Rückgang beim Fiskalertrag und einer Zunahme beim Transferertrag eine gegenläufige Entwicklung erkennen.

Ertrag der Erfolgsrechnung	Voranschlags- entwurf 2021	Voranschlag 2020	Veränderung 2020– 2021	
	Mio.	Mio.	Mio.	%
Fiskalertrag	1325,6	1401,5	– 75,9	– 5,4
Vermögenserträge, Entgelte	374,4	395,2	– 20,8	– 5,3
Transferertrag (wovon eidg. Finanzausgleich)	1820,8 (462,5)	1726,0 (390,2)	+ 94,8	+ 5,5
Spezialfinanzierungen (Fonds und Rückstellungen)	217,1	154,3	+ 62,8	+ 40,7
Interne Verrechnungen	48,1	43,6	+ 4,5	+ 10,3
Total	3786,0	3720,6	+ 65,4	+ 1,8

Die grössten Veränderungen zwischen den Voranschlägen 2020 und 2021 sind insbesondere auf eine ungünstige Steuerertragsentwicklung infolge der wirtschaftlichen Auswirkungen der Coronapandemie im Jahr 2020 und auf verschiedene Einkommens- und Vermögenssteuersenkungen für die natürlichen Personen zurückzuführen.

Beim Transferertrag ist eine Zunahme der eidgenössischen Finanzausgleichszahlungen um 72,3 Millionen Franken zu verzeichnen, die den Rückgang der Steuereinnahmen weitgehend ausgleicht. Der Anteil an der direkten Bundessteuer nimmt um 8 Millionen Franken zu. Bei den Bundesbeiträgen sind diverse Erhöhungen festzustellen, namentlich bei den Beiträgen für die Prämienverbilligung in der Krankenversicherung sowie für die AHV/IV-Ergänzungsleistungen. Als weitere Eigenmittel und Einnahmenanteile sind die höheren Einnahmen mit der Sozialabgabe in Zusammenhang mit der Unternehmenssteuerreform zu nennen.

Im Voranschlag 2021 wurde vermehrt auf Rückstellungen zurückgegriffen, hauptsächlich auf die SNB-Rückstellung, aber auch auf die Rückstellungen für den Personalaufwand, das Asylwesen und die Pflegeheime. Zu erwähnen ist dabei eine Entnahme von 19,2 Millionen Franken, wie schon 2020, zur Finanzierung der kantonalen Ausgleichszahlung an die Gemeinden und Pfarreien im Rahmen der Umsetzung der Unternehmenssteuerreform.

1.3. Aufwand gut unter Kontrolle

Die Hauptaufwandkategorien des Staates entwickeln sich voraussichtlich wie folgt:

Aufwand der Erfolgsrechnung	Voranschlags- entwurf 2021	Voranschlag 2020	Veränderung 2020– 2021	
	Mio.	Mio.	Mio.	%
Personalaufwand	1359,6	1336,5	+ 23,1	+ 1,7
Sachaufwand	407,7	396,1	+ 11,6	+ 2,9
Transferaufwand	1777,1	1757,1	+ 20,0	+ 1,1
Abschreibungsaufwand	133,5	127,3	+ 6,2	+ 4,9
Finanzaufwand und Spezialfinanzierungen	59,7	59,6	+ 0,1	+ 0,2
Interne Verrechnungen	48,1	43,6	+ 4,5	+ 10,3
Total	3785,7	3720,2	+ 65,5	+ 1,8

Die Zunahme des Personalaufwands ist minim geringer als beim veranschlagten Gesamtaufwand. Hauptursachen für diese Zunahme sind neue Stellen (+ 92,5 VZÄ netto) sowie die vorgesehenen Lohnerhöhungen (Gehaltsstufen und Lohnerhöhung um 0,25 % in Zusammenhang mit der Reform der Pensionskasse des Staatspersonals).

Der höhere Sachaufwand ist namentlich auf Mehrausgaben für den Klimaplan und die nachhaltige Entwicklung zurückzuführen. Ein Grossteil entfällt auch auf das IT-Rahmenbudget (ohne Universität und HES-SO//FR) mit einer Zunahme um 3,1 Millionen Franken zur Weiterentwicklung der Digitalisierungsstrategie «Verwaltung 4.0».

Die Zunahme beim Transferaufwand, die geringer ist als beim Gesamtaufwand, entfällt zu fast 60% auf die eigenen Beiträge. Darunter fallen namentlich die kantonalen Unterstützungsmassnahmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie im Hinblick auf Gesundheitsschutzmassnahmen, die Krankenversicherung, die Sondereinrichtungen und Erziehungsheime, die Pflegeheime, die Sozialhilfe für Asylbewerber und Flüchtlinge und Abgeltungen für die Unternehmen des Regionalverkehrs.

1.4. Mehr Investitionen

Das Gesamttbruttoinvestitionsvolumen ist mit 209,1 Millionen Franken um mehr als 11% höher als in den Vorjahresvoranschlägen sowie der letzten Rechnung und zeigt folgendes Bild:

	Voranschlags- entwurf 2021	Voranschlag 2020	Veränderung 2020– 2021	
	Mio.	Mio.	Mio.	%
Bruttoinvestitionen	209,1	187,9	+ 21,2	+ 11,3
Nettoinvestitionen	163,8	152,2	+ 11,6	+ 7,6

Zum Vergleich: Im Durchschnitt über die Jahre 2015-2019 beliefen sich die Bruttoinvestitionen in den Staatsrechnungen auf 160,7 Millionen Franken bzw. die Nettoinvestitionen auf 125,8 Millionen Franken.

Der Selbstfinanzierungsgrad ist mit 54,3% etwas geringer als im Vorjahr (59,6%), was einen Finanzierungsbedarf von 74,9 Millionen Franken ergibt, wodurch das Staatsvermögen entsprechend reduziert wird.

1.5. Massiver Rückgriff auf Fonds und Spezialfinanzierungen

2021 soll intensiv auf Fonds und Spezialfinanzierungen zurückgegriffen werden.

Die Fondsentnahmen in direktem Zusammenhang mit den Ausgaben, die in verschiedenen spezifischen Bereichen geplant sind (Beschäftigung, Energie, Neue Regionalpolitik, Projekt Bluefactory, Strassen), nehmen gegenüber dem Voranschlag 2020 um mehr als 7 Millionen Franken zu. Aus den Rückstellungen werden 117,4 Millionen Franken entnommen, das sind 55,7 Millionen Franken mehr als im Voranschlag 2020, was zu einem grossen Teil darauf zurückzuführen ist, dass neben der «ordentlichen» jährlichen Entnahme von 25 Millionen Franken aus der Rückstellung in Zusammenhang mit dem Anteil am SNB-Gewinn eine zusätzliche Entnahme im Umfang von 50 Millionen Franken getätigt worden ist.

Damit konkretisiert der Staatsrat seinen Willen, zur Bewältigung der Probleme im Zuge der Coronakrise 2020, namentlich auf Ebene der Steuereinnahmen, auf die in den letzten Jahren gebildeten Reserven zurückzugreifen.

1.6. Besondere Massnahmen für den Klimaschutz

Im Voranschlag 2021 ist die schrittweise Umsetzung des vom Staatsrat im September in die Vernehmlassung geschickten Klimaplanes vorgesehen. Zusammen mit den Massnahmen im Rahmen des Programms zur nachhaltigen Entwicklung sind demnach 2,25 Millionen Franken zu diesem Zweck budgetiert. Auch der Wiederankurbelungsplan enthält diverse Massnahmen im Umfang von schätzungsweise 7,8 Millionen Franken, die in Übereinstimmung mit den Zielen des Klimaplanes und der nachhaltigen Entwicklung stehen.

1.7. Ein Wiederankurbelungsplan in Ergänzung zum Voranschlag 2021

Der Plan zur Wiederankurbelung der Freiburger Wirtschaft mit einem Massnahmenpaket im Umfang von rund 50 Millionen Franken ist als separater Entwurf in Ergänzung zum Voranschlag 2021 erarbeitet worden. Er ist also nicht Bestandteil des ordentlichen Staatshaushalts. Mit diesen vollumfänglich durch Entnahmen aus dem Eigenkapital des Staates finanzierten Massnahmen will die

Regierung zusätzlich zu den Steuersenkungen und den budgetierten erheblichen Mehrinvestitionen beträchtliche finanzielle Mittel bereitstellen, um die Wirtschaft unseres Kantons zu unterstützen.

1.8. Fazit

Trotz der coronabedingten Wirtschaftskrise ist es dem Staatsrat gelungen, den Haushalt 2021 mit Entnahmen aus den in den letzten Jahren gebildeten Fonds und Rückstellungen ins Lot zu bringen. Ein wichtiger Faktor war dabei auch, dass die Aufwandszunahme gut in den Griff bekommen werden konnte.

Dank der über die Jahre aufgebauten Stabilität der Kantonsfinanzen lassen sich heute die Schwierigkeiten des laufenden Rechnungsjahres und des Voranschlags 2021 bewältigen und auch gezielte Massnahmen zur Unterstützung von Konsum und Wirtschaft umsetzen. Gleichzeitig können die staatlichen Dienstleistungen mit dem Voranschlag 2021 gewährleistet und in verschiedenen Bereichen wie etwa Bildung, Gesundheit, Klimaschutz und Digitalisierung sogar ausgebaut werden. Der Staatsrat ist zuversichtlich und entschlossen, ist sich aber auch der grossen Herausforderungen bewusst, die in den nächsten Jahren auf die öffentlichen Finanzen zukommen.